

Wie die polnische Rechte die Geschichte der Shoah neu schreibt

Konstanty Gebert

Im Mai 2019 zog eine Demonstration durch die Innenstadt von Warschau. Die Route vom Amtssitz des polnischen Premierministers zur US-Botschaft war ungewöhnlich, denn auch wenn die Polen normalerweise immer einen Grund finden, um gegen die Politik der eigenen Regierung zu protestieren, widersprechen sie den Vereinigten Staaten meist nicht. Dieses Mal war es anders: Einige Zehntausend Demonstranten hatten sich zusammengefunden, um gegen ein Gesetz zu protestieren, das als *Act of Congress S. 447* durch die Unterschrift von Präsident Donald Trump ein Jahr zuvor in Kraft getreten war. Es sieht vor, dass das US-Außenministerium dem Kongress jährlich einen Bericht über die Einhaltung der Bestimmungen der *Theresienstädter Erklärung über Holocaust-Vermögenswerte* durch ihre Unterzeichnerstaaten vorlegt. Diese Vereinbarung war im Jahr 2009 von allen Mitgliedstaaten der *Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, also auch von Polen und den USA, per Akklamation verabschiedet worden.

Die Unterzeichnerstaaten stellen in der *Theresienstädter Erklärung* unter anderem fest:

»[Wir] halten [...] es für wichtig, dort, wo dies noch nicht wirksam erzielt wurde, den Ansprüchen der Opfer des Holocaust (der Schoah) in Bezug auf ihr früheres Eigentum an unbeweglichem Vermögen (Immobilien) [...] Rechnung zu tragen.«¹

1 Der Wortlaut der Theresienstädter Erklärung in deutscher Sprache findet sich beispielsweise auf der Homepage der Deutschen Botschaft Tel Aviv <https://tel-aviv.dipl.o.de> unter: Service – Konsular- und Rechtsabteilung > Entschädigung > Prager Holocaustkonferenz und Folgeverhandlungen > Weitere Informationen. <https://www.state.gov/prague-holocaust-era-assets-conference-terezin-declaration/>

Und:

»Wir nehmen zur Kenntnis, dass in einigen Staaten erbenloses Vermögen als Grundlage für die Deckung der materiellen Bedürfnisse Not leidender Überlebender des Holocaust (der Schoah) und zur Gewährleistung steter Bildungsmaßnahmen zum Holocaust (der Schoah) [...] herangezogen werden könnte.«²

Diese ehrenwerte Absichtserklärung stellte zusammen mit dem Act S. 447 für die Organisatoren der Demonstration, die der parlamentarischen und außerparlamentarischen extremen Rechten entstammten, den jüdischen Versuch dar, dem polnischen Staat unrechtmäßig 300 Milliarden Dollar abzapfen und so das Land in den Bankrott zu treiben; dagegen zu protestieren und sich dem zu widersetzen sei deswegen buchstäblich eine Frage von Leben und Tod.³ »Stoppt den Act S. 447 – Verfassungswidrige Plünderung« heißt es auf einem hochgehaltenen Transparent, im Hintergrund erklingt die Nationalhymne.

Abbildung 1: Demonstration gegen den Act of Congress S. 447 in Warschau im Jahr 2019.



2 Ebd.

3 <https://youtu.be/NzGtRbiLArc>. Min. 43:15–43:25. <https://www.money.pl/gospodarka/marsz-przeciwko-ustawie-447-rolnicy-z-agrounii-razem-z-korwinem-mikke-bosakie-m-i-braunem-6379862532380801a.html>.

Auch wenn die polnische Regierung dagegen Einspruch erhoben hatte – den Demonstranten zufolge sei sie dennoch neben der US-Regierung für diese kriminelle Unternehmung mit verantwortlich; das erklärt den Weg des Demonstrationszugs. Beide Staaten hätten mutmaßlich unter starkem jüdischen Druck gehandelt, deswegen auch Plakate mit dem Slogan »Stoppt die jüdische Besetzung!«.

Doch Polen, so kündigten die Protestierenden an, werde sich als stärker erweisen als andere, die bereits klein beigegeben hätten, wie es auch auf einem Banner heißt: »Im Jahr 1995 gab die Schweiz dem jüdischen Druck nach. Dies hat Polen nicht vor.« Die Summe der angeblichen – niemals bestätigten! – jüdischen Forderungen sei nicht nur völlig überzogen und ungerechtfertigt, sondern auch unmoralisch, meinten die Demonstranten. Die USA hätten im Zweiten Weltkrieg nichts getan, um Juden zu helfen (»Erinnerst Du Dich an die ›St-Louis‹?«, heißt es auf einem Plakat), die Polen hingegen hätten ihr Leben für sie geopfert (»Erinnerst Du Dich an die Ulmas Familie?«, fragt ein ähnlich gestaltetes Transparent in eigentümlicher Grammatik. Ulma hieß eine polnische Bauersfamilie, die Juden versteckte und von den Deutschen ermordet wurde, nachdem sie von einem polnischen Nachbarn angezeigt worden war). Daher rührt also die doppelte Empörung der Protestierenden.

»Trage Deine Forderungen nach Berlin / dies ist keine polnische Sünde« gingen die Worte eines Protestlieds, das die Organisatoren den Marschierenden mit beschränktem Erfolg beizubringen versuchten;⁴ das simple »Nein zu Forderungen!« funktionierte besser. Die Botschaft indes kam an: Während die Welt dem Schicksal der Juden gegenüber gleichgültig gewesen sei, hätten sich die Polen erhoben, um sie mit dem eigenen Leben zu beschützen. Und nun verlangten diese undankbaren Überlebenden ausgerechnet von den Polen 300 Milliarden Dollar als Kompensation für Kriegsschäden, obwohl doch Deutschland eigentlich der korrekte Adressat wäre. Es verwundert dann kaum noch, dass ein Teilnehmer ein Schild trug mit der Aufschrift: »Die Sephardim sind die Hyänen des Holocaust.« Nach dem Begriff »Sephardim« gefragt, antwortete er, dass einfach Juden gemeint sind.

4 Ebd., Min. 52:00-52:10:
<https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,24774255,manifestcja-onr-przed-kancelaria-premiera-i-ambasada-usa.html>

Abbildung 2: Demonstration gegen den Act of Congress S. 447 in Warschau im Jahr 2019.



Den mit den polnischen Verhältnissen nicht so vertrauten Beobachter wird diese Argumentation überraschen: Die Juden waren doch die Opfer des Holocaust. Und der Ausdruck »Hyäne« passt doch viel besser für diejenigen, die von ihrem Tod profitiert hatten! Das würde die hunderttausenden polnischen Familien miteinschließen, die den zurückgelassenen Besitz und die Immobilien übernahmen, nachdem die Eigentümer ermordet worden waren. Ich halte es allerdings für unangemessen, sie allein dafür zu verurteilen, dass sie sich dieses – im Polnischen als *pożydowskie* (»nachjüdisch«) bezeichnete – Eigentum angeeignet haben. In den allermeisten Fällen kamen die Eigentümer nicht zurück und es gab keinen Grund für andere Leute, zumal sie oftmals unter schlechteren Bedingungen lebten als ein beträchtlichen Teil der Opfer, die Wohnungen und Besitztümer nicht zu übernehmen – wohlgermerkt also das, was die Deutschen davon übriggelassen hatten. Unerträglich war und bleibt aber, dass diese massenweise Übereignung des Eigentums von Genozidopfern niemals offiziell bestätigt wurde. Und kriminell war die Tatsache, dass selbst in den seltenen Fällen, in denen Eigentümer oder ihre Erben überlebt hatten, sie ihr Leben aufs Spiel setzten, wenn sie nach dem Krieg versuchten, ihr Eigentum zurückzufordern – viele von ihnen wurden von den neuen Eigentümern getötet, wenn die es nicht einsahen, das Pech zu haben, dass ausgerechnet »ihre« Juden überlebt hatten und die Juden von anderen Leuten nicht, und sie diese Anomalie kurzerhand berichtigten.

Abbildung 3: Propagandistisches Poster in Warschau mit einer Warnung vor angeblichen Rückgabebeforderungen jüdischen Eigentums.⁵



Im Nachkriegspolen blieb dies ein schuldbeladenes Geheimnis, das erst in diesem Jahrhundert Historiker:innen wie Jan Gross, Barbara Engelking und Jan Grabowski nach und nach ans Licht brachten. Ihre Arbeiten wurden hauptsächlich unter linken und liberalen Regierungen durchgeführt und veröffentlicht, die möglicherweise nicht sonderlich erfreut darüber waren, sich aber niemals das Recht herausnahmen, universitäre Forschung zu kommentieren, und schon gar nicht, sich in sie einzumischen. Dieses dunkle Geheimnis ist der Grund, warum 75 Jahre nach dem Ende des Krieges die »nachjüdische Frage« in Polen immer noch so lebendig ist. Beispielsweise ist im heutigen Polen eine

5 <https://oko.press/images/2019/05/447-obwieszczenie-1024x1365.jpg>; <https://fakenews.pl/polityka/amerykanska-ustawa-447-i-zydowskie-roszczenia/>.

»Verlautbarung« (*obwieszczenie*, Abb. 3) zu lesen, die die Bewohner davor warnt, dass ihre Immobilie ihren rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden könnte, und damit große Sorgen hervorruft.

Egal, wieviel Ängste mit solchen möglichen Rückgabeforderungen auch geschürt wurden, es hätte nicht ausreichen, die Leute auf die Straße zu schicken, wenn sie gewusst hätten, dass sie wirklich im Unrecht sind. Doch eines der erklärten Hauptziele der rechten populistischen Regierung, die die Macht im Jahr 2015 übernommen hatte, lautete ausdrücklich, die so genannte »Pädagogik der Scham«, die durch die Aufdeckung solcher dunklen Kapitel in der polnischen Geschichte erreicht werde, abzuschaffen. Diese Leugnung war radikal: So erklärte die Bildungsministerin Anna Zalewska im Jahr 2016, dass sie überhaupt »nicht wusste«, wer das Massaker von Jedwabne angeordnet hatte, einer kleinen Stadt, in der 1941 angestiftet von den Deutschen die polnischen Bewohner ihre jüdischen Nachbarn niedergemetzelt hatten. Bahnbrechende Forschung über Jedwabne hatte das Institut für Nationales Gedenken geleistet, eine in gewisser Hinsicht Orwellsche Einrichtung, die dann eine Kehrtwende vollzog. Tomasz Panfil, Leiter des Büros für öffentliche Bildung am Standort Lublin, argumentierte in einem Essay, dass die Situation der Juden in den Ghettos »nicht so schlimm« gewesen sei, – und wurde durch Zalewskas Ministerium mit der Medaille der Nationalen Bildungskommission ausgezeichnet.

Die Regierung unternahm außerdem besondere Anstrengungen, um den Gebrauch des Ausdrucks »polnische Konzentrationslager« zu verdammen. Im Polnischen zeigt das Adjektiv »polnisch« vor allem die Angehörigkeit an (im Sinne von durch Polen errichtete Lager) und weniger die geographische Lage. Die polnische Regierung betonte, und das war nachvollziehbar, dass die Lager ein ausschließlich deutsches Unterfangen waren, ohne jedwede polnische Beteiligung, weder in der Planung noch in der personalen Ausstattung. Allerdings behauptete die Regierung auch, dass allein schon der Gebrauch dieses Begriffs das Ergebnis einer listigen und zermürbenden Kampagne der Deutschen sei, die mit korrupter jüdischer Unterstützung versuchten, die Verantwortung für die Shoah auf die Polen abzuwälzen. Im April 2019 sagte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki in einer Rede an der New Yorker Universität:

»In der Zeit des Kommunismus begannen die Deutschen, diesen schrecklichen Genozid, den sie vorbereitet und durchgeführt hatten, auf kluge und geschickte Weise zu verändern. Sie begannen die Lager, die im besetzten Po-

len lagen, »polnische Todeslager« oder »polnische Konzentrationslager« zu nennen.«⁶

Mit diesem Argument wurde das berüchtigte »Holocaust-Gesetz« gerechtfertigt, das im Januar 2018 im polnischen Parlament verabschiedet wurde. Allerdings werden in diesem Gesetz, das jeden Vorwurf einer polnischen Beteiligung an deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg unter Strafe stellt, die Lager überhaupt nicht genannt (und ein Änderungsvorschlag der Opposition mit der expliziten Nennung dieses Bezugs wurde rundum abgelehnt). Das Gesetz sollte einfach die Behauptung bestrafen, dass die Polen etwas mit der Shoah zu tun hatten – und tut dies immer noch, da es immer noch in Kraft ist, selbst wenn der Strafartikel in einem lahmen polnisch-israelischen Deal aufgehoben wurde.

Es ging auch darum, jede wenn nicht zufällige Verbindung zwischen polnischem Handeln und jüdischem Leid auszuräumen. Dieses Ziel verdeutlichte Premierminister Morawiecki, als er auf dem 50. Jahrestag der antisemitischen Kampagne vom März 1968 in Polen (der Jahrestag fand zufällig zwei Monate statt, nachdem das Gesetz verabschiedet worden war) Vorwürfe zurückwies, das Land könnte etwas damit zu tun gehabt haben. Polen, so seine Worte, habe in dieser Zeit überhaupt nicht existiert: Was existierte, war eine nicht-souveräne Entität unter aufgezwungener kommunistischer Herrschaft; aus diesem Grunde kann das heutige Polen für seine damaligen Handlungen in keiner Weise zur Verantwortung gezogen werden.

In diesem Sinne habe Polen also keinerlei dunkle Seiten in seiner Geschichte, die es zu aufzuarbeiten, und auch keine offenen historischen Rechnungen, die es zu begleichen gelte; im Gegenteil: Das Land sei ein unschuldiges Opfer von Verleumdung, dessen Heldentum unverdienterweise ohne Anerkennung geblieben ist. Auf der oben bereits erwähnten Veranstaltung an der Universität von New York sagte Morawiecki:

»Es gibt Schätzungen, wonach bis zu 300 000 Juden auf dem Territorium, das vor dem Zweiten Weltkrieg polnisches Staatsgebiet war, den Holocaust

6 »During the times of Communism, Germans – wisely and smartly – started to change this terrible genocide which they had prepared and executed. They started to call the camps, which were located in occupied Poland, »Polish death camps«, »Polish concentration camps«.« NYU School of Law: Europe and the United States: A Transatlantic Dialogue: Poland's 15 years in the European Union. YouTube vom 17.4.2019. <https://youtu.be/Xhh6hH2o4k4>. Min. 1:17:28–1:17:48.

unter der deutschen Besatzung überlebt haben. Keiner dieser Juden hätte ohne die Hilfe eines Polen gerettet werden können.«⁷

Dies ist eine grobe Lüge. Von den 300 000 Juden, die der Premier erwähnt, überlebten 250 000 deswegen, weil sie in von der Sowjetunion besetzten Gebieten lebten oder dorthin flohen, und dann weiter in den Osten deportiert worden oder geflohen waren; sie überlebten also nicht, weil »sie einem Polen begegnet sind«, sondern gerade, weil sie keinem begegnet sind. Von den übrigen 50 000 überlebte die Hälfte in deutschen Lagern und Gefängnissen, weil die Besatzer es einfach nicht mehr geschafft hatten, sie umzubringen. Damit bleiben geschätzte 25 000 übrig, die in Verstecken überlebten und dabei polnische Hilfe genauso erlebten wie polnischen Verrat, die meisten beides. Das ist weit entfernt von dem, was Morawiecki da hochtrabend behauptete.

Ebenfalls unwahr ist, was der Premier außerdem in diesem Vortrag sagte:

»Ich weiß nicht, ob Sie das Gesetz kennen, das die Deutschen im besetzten Polen einführten: Jede Familie, die mit einem Leib Brot half oder einen Juden aufnahm, wurde getötet. Ganze Dörfer wurden zerstört und vollständig dem Erdboden gleich gemacht.«⁸

Viele Polen, die Juden geholfen haben, wurden grausam bestraft, mit der Zerstörung von Eigentum, mit körperlichen Misshandlungen, mit der Internierung im Konzentrationslager; und wir wissen von fast 800 Polen, die deswegen getötet wurden. Von einem ganzen Dorf, das von den Deutschen aus Rache »dem Erdboden gleich gemacht« wurde, wissen wir aber zum Glück nicht – obwohl dies durchaus denkbar war. Auch war Polen mitnichten das einzige Land, wo auf die Hilfe für Juden die Todesstrafe stand, das gleiche Schicksal ereilte das ganze besetzte Osteuropa sowie Norwegen, mit der gleichen lückenhaften Durchsetzung. Auch wenn das besetzte Westeuropa im Unterschied dazu zweifelsohne ein weit weniger brutales Schicksal erlitt, taugt dies

7 »There is an estimated figure of up to 300 000 Jews who had survived the Holocaust on a broadly defined territory which was Poland before the Second World War under German occupation. None of those Jews could have been saved without the help of a Pole.« Ebd., Min. 1:14:10–1:14:45.

8 »I don't know if you know the law, which Germans introduced in Poland which was occupied: all the families who have helped with the loaf of bread, giving the shelter to any Jew, were killed. All the villages were pacified, were completely annihilated.« Ebd., Min. 1:15:37–1:16:01.

kaum als Ausweis einer moralischen Einzigartigkeit, wozu es in Polen die Regierung und ein Großteil der öffentlichen Meinung machen will. Außerdem riskierten die Polen unter der Besatzung ihr Leben auch für andere Sachen wie das Radiohören oder den Schwarzmarkthandel mit Fleisch, was sie nicht davon abhielt, es trotzdem zu tun.

Doch sind historische Fakten erstmal aus der historischen Gleichung entfernt, kann der Prozess, Polen zu einem unschuldigen und verleumdeten Opfer zu machen, ungehindert weitergehen. Bedauerlicherweise blieben die unverhohlenen Lügen des polnischen Premierministers in New York von Professor Joseph Weller, der das Gespräch mit ihm führte, unwidersprochen. Denn nicht einmal ein unschuldiges Opfer hat juristische Ansprüche auf das Eigentum anderer Leute, ob es sich nun um Juden handelt oder um jemand anders. Daher wurde es notwendig, denjenigen gegenüber, die die Forderungen stellten, nicht nur die Geschichte des Landes zu verdrehen, sondern auch die Art dieser Forderungen. Und deswegen wurde in der Rhetorik der polnischen Regierung Restitution zu Kompensation.

Abgesehen davon, dass es bei beidem um beschlagnahmtes oder zerstörtes Eigentum geht, haben die beiden Konzepte wenig gemeinsam. Restitution ist die Pflicht, den hinterbliebenen Besitz seinem Eigentümer oder seinen Erben zurückzugeben; Kompensation ist Geld, das für rechtswidrig beschlagnahmtes oder zerstörtes Eigentum ausgezahlt wird. Es ist mehr als offensichtlich, dass niemand Polen gegenüber einem Anspruch auf Kompensation für Verluste aus dem Zweiten Weltkrieg hat: Das Land war selbst Opfer der deutschen Aggression, hat schrecklich gelitten; es hat selbst Recht auf Kompensation durch den Angreifer – und sie auch erhalten. Ob die Höhe ausreichend und der Fall abgeschlossen ist, ist eine andere Sache, die uns an dieser Stelle nicht beschäftigen muss; das gleiche gilt für die jüdischen Kompensationsforderungen gegenüber Deutschland. Jeder, der von Polen Kompensation für Kriegsverluste fordert, sollte in der Tat weiter nach Berlin geschickt werden, wie die Protestierenden gelernt haben zu singen.

Doch niemand stellt solche Forderungen. Nachdem das Thema des öffentlichen Eigentums mehr oder weniger befriedigend geregelt worden war, ist das, was einzelne jüdische Überlebende und ihre Nachkommen von der Regierung in Warschau verlangen, nicht Kompensation, sondern Restitution, das heißt die Rückgabe des Eigentumsrechts über die verbliebenen Immobilien, oder in den Fällen, in denen eine Rückgabe aus bestimmten Gründen nicht durchführbar ist, eine Kompensation dafür. Doch dieser zweifache Gebrauch des Begriffes »Kompensation« erlaubte es der Regierung, einen rhetorischen

Trick anzuwenden und zu behaupten, dass die Juden von den Polen die Kompensation der Schäden forderten, die sie durch die Hand der Deutschen erlitten haben – und diese Forderungen damit an andere Opfer der Deutschen richteten, die noch dazu ihr eigenes Leben riskiert oder verloren haben, um Juden zu retten. Es ist schwierig, sich etwas gemeineres vorzustellen: Daher rührt also die selbstgefällige moralische Entrüstung auf Warschauer Straßen.

Und so kann die erfundene Bedrohung der finanziellen und moralischen Interessen Polens zurückgewiesen werden. Als der Chef der amtierenden Regierungspartei Jarosław Kaczyński wenige Tage vor der Warschauer Demonstration auf einem »patriotischen Picknick« sprach, konnte er Folgendes feststellen:

»Und noch mehr wird versucht: aufrechtzuerhalten, dass Polen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg finanzielle Verpflichtungen hat. Und ja, meine Damen und Herren, sicherlich gibt es finanzielle Verpflichtungen in Verbindung mit dem Zweiten Weltkrieg: Und zwar diejenigen, die dem Land Polen und seinen Menschen zustehen! Polen selbst hat keine Verpflichtungen, weder in juristischer Hinsicht noch in Bezug auf grundlegende Moral und Anstand. Wir sind es, die bezahlt werden sollten, die da im Westen unserer Grenze schulden uns Dutzende, wenn nicht Hunderte Milliarden Euro oder Dollar. Vielleicht sogar mehr als eine Billion. Aber doch nicht wir. Wir schulden niemanden etwas!«⁹

Sekundiert wurde er bei dieser Veranstaltung von seinem Premierminister, der den Einsatz noch erhöhte:

9 »[P]róbuje się jeszcze czegoś więcej, próbuje się stwierdzić, że Polska ma w związku z II wojną światową jakieś zobowiązania finansowe. Otóż są zobowiązania finansowe: wobec Polski i Polaków a Polska żadnych zobowiązań nie ma. I to zarówno z punktu widzenia prawa, jak i z punktu widzenia elementarnej moralności i przyzwoitości. To nam należy zapłacić, to nam są niektórzy na zachód od polskich granic winni dziesiątki, setki miliardów euro czy dolarów, może nawet więcej niż bilion, my nie jesteśmy nikomu nic winni.« Aus: »My w Polsce najlepiej wiemy, co dobrze służy naszemu narodowi« [»Wir in Polen wissen am besten, was unserer Nation gut dient«]. TVP Info vom 4.5.2019. <https://www.tvp.info/42479834/jaroslaw-kaczynski-my-w-polsce-najlepiej-wiemy-co-dobrze-sluzy-naszemu-narodowi>. Erstes Video. Min. 11:30–12:30. <https://www.pap.pl/aktualnosci/news%2C446489%2Cj-kaczynski-my-w-polsce-najlepiej-wiemy-co-dobrze-sluzy-naszemu-narodowi>.

»Hier in unserem Land gab es die meisten Opfer, die meisten, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Und aus diesem Grund werden wir niemals irgendwelchen Zahlungen an wen auch immer zustimmen.«¹⁰

Sein Innenminister Joachim Brudziński wurde grafisch, als er im polnischen Radio sagte:

»Jeder, der in Hysterie verfällt und daran festhält, dass die Regierung Eigentum an jüdische Milieus restituieren wird, schließt sich dem Narrativ des Kremls an. Kein einziger polnischer Zloty wird überwiesen werden!«¹¹

Und um sicherzustellen, dass er auch richtig verstanden wird, machte er eine explizite Geste mit seinen Händen.

Abbildung 4: Der frühere polnische Innenminister Joachim Brudziński.¹²



Die Position der polnischen Regierung war also völlig klar: Es ist kein Geld fällig, es wird kein Geld überwiesen werden und allein die Forderung stellt bereits eine Beleidigung dar. Es überrascht wenig, dass die jüdische Diaspora und Israel darauf mit Entrüstung reagierten. Zu sehr erinnert dies an den Bibelvers: »Du hast gemordet, dazu auch fremdes Erbe geraubt!« (1 Kön 21,19).¹³ Denn schon bei der Verabschiedung des »Holocaust-Gesetzes« konzentrierten

10 Video auf Twitter @ Top TV Info vom 5.5.2019. <https://twitter.com/TOPTVPINFO/status/1125099705648779264>. Min. 0:48–1:01.

11 <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/joachim-brudzinski-komentuje-ustawe-447/hlsybz5>.

12 Screenshot aus TVP Info.

13 Wortlaut der Lutherbibel 1984 aus: <http://www.bibelwissenschaft.de>.

sich die jüdische und israelische Reaktionen auf die großspurige Begründung, sprich die Bezugnahme auf die »polnischen Lager«. Der vorgebliche Wahrheitsgehalt der Anschuldigung wurde sowohl in Aussagen des israelischen Oppositionsführers Yair Lapid als auch in einem Video aufrecht gehalten, das von einer US-amerikanischen jüdischen Stiftung produziert worden war. Die Stiftung wurde davon überzeugt, das Video zurückzuziehen, doch Lapid blieb bei seinen Geschützen, selbst als herauskam, dass er unwahre Informationen über das Schicksal seiner eigenen Großmutter in der Shoah angegeben hatte, um die Anschuldigungen gegen Polen zu verstärken. Sowohl die Stiftung als auch der Politiker hatten sich durch das polnische »Holocaust-Gesetz« zutiefst verletzt gefühlt und dafür revanchieren wollen – doch sie erreichten dadurch lediglich, das von der polnischen Regierung so geschickt eingesetzte jüdische Feindbild zu bestätigen.

Das Thema der Restitution sollte ein Jahr später während der Präsidentschaftswahlen erneut auf die Tagesordnung kommen, als die Regierungspropaganda Andeutungen machte, der Herausforderer der Opposition Rafał Trzaskowski könnte »jüdischen Forderungen nachgeben«.

»[Wie kann] jemand, der auch etwas polnische Seele, polnisches Herz und polnischen Geist hat, so etwas sagen? Offenbar besitzt Herr Trzaskowski nichts von alledem, da er ja meint, dass wir darüber sprechen müssen.«¹⁴

Das hatte Kaczyński in einem Interview für das ultrakatholische *Radio Maryja* festgestellt. An anderer Stelle versicherte er, dass der »Präsident Andrzej Duda der Garant dafür ist, dass Polen nichts bezahlen wird.«¹⁵ Entsprechend bekräftigte auch Duda:

14 »Ktoś, kto ma choćby kawałek polskiej duszy, polskiego serca i polskiego umysłu, może coś takiego powiedzieć? Pan Trzaskowski najwyraźniej chyba tego nie ma skoro mówi, że to jest sprawa do rozmowy.« In: Jarosław Kaczyński: Andrzej Duda jest gwarancją, że Polska nie będzie płacić za zbrodnie niemieckie [Jarosław Kaczyński: Andrzej Duda ist eine Garantie dafür, dass Polen nicht für deutsche Verbrechen bezahlen wird]. Interia Wydarzenia vom 10.7.2022. https://wydarzenia.interia.pl/raporty/raport-wybo-ry-prezydenckie-2020/aktualnosci/news-jaroslaw-kaczynski-andrzej-duda-jest-gwarancja-ze-polska-nie-nld,4603360#utm_source=paste&utm_medium=paste&utm_campaign=firefox.

15 Ebd.

»Ich werde niemals ein Gesetz unterschreiben, das festsetzt, dass wir das Erbe der Angehörigen einer ethnischen Gruppe gegenüber anderen bevorzugen werden. Das gibt es nirgendwo auf der Welt.«¹⁶

Anders formuliert wird behauptet, dass die Juden ein ethnisches Privileg forderten, und um das zu tun, muss man kein Pole sein.

In der Zwischenzeit haben die beiden skrupellosen Politiker Morawiecki und Netanjahu miteinander einen Deal ausgeheckt, der die strafrechtlichen Bestimmungen des »Holocaust-Gesetzes« außer Kraft setzte und dem Narrativ der polnischen Unschuld eine gewisse Legitimität verlieh. Die Vereinbarung löste Protest aus Yad Vashem aus und wurde in der Folge nie dem Kabinett geschweige denn der Knesset vorgelegt; auch wenn auf der polnischen Seite solche Feinheiten nicht nötig waren, blieb die Krise doch zu groß, um eingedämmt zu werden. Als dann Lapid Außenminister wurde, waren alle Hoffnungen auf einen Modus vivendi verloren. Das polnische Parlament verabschiedete ein Gesetz, wonach Verwaltungsentscheidungen (auf deren Grundlage das meiste Eigentum beschlagnahmt und seine Restitution verweigert wurde) nach 30 Jahren nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Lapid bezeichnete es prompt als antisemitisch, was Unsinn ist: Das Gesetz gewährte lediglich dritten Parteien, die gegenwärtig die Eigentümerschaft der Güter besaß, die notwendige rechtliche Sicherheit. Allerdings hätte der Minister anführen können, dass es das Gesetz praktisch unmöglich machte, Restitutionsansprüche zu stellen, und dass dies angesichts des Fehlens eines Restitutionsgesetzes jüdische Interesse über Gebühr schädigte, da Juden praktisch keine Chance hatten, für ihre Forderungen auf faire Weise Gehör zu finden. Doch zu diesem Zeitpunkt wurden die polnischen Motive von Seiten Israels und der Diaspora bereits vor allem als antisemitisch und die jüdischen Motive von Seiten Polens vor allem als gierig angesehen; 62 Prozent der Polen unterstützten einer Umfrage zufolge die Regierungsposition zur

16 »Ja nigdy nie podpiszę ustawy, która będzie wskazywała, że my spadki po osobach jakiejś jednej grupy etnicznej będziemy traktowali w sposób uprzywilejowany w stosunku do innych; nigdzie na świecie tak się nie dzieje.« In: Prezydent Duda i prezes PiS jednoznacznie o mieniu bezspadkowym: »Odszkodowania niech płaci ten, kto wywołał IIWŚ« [Präsident Duda und der PiS-Vorsitzende äußern sich unmissverständlich zu nicht-vererbbarem Eigentum: »Entschädigung soll derjenige bezahlen, der den Zweiten Weltkrieg verursacht hat«]. wPolityce.pl vom 9.7.2020. <https://wpolityce.pl/polityka/508619-prezydent-i-prezes-pis-jednoznacznie-o-mieniu-bezspadkowym>.

Restitution.¹⁷ Die rechtsextreme Organisation *Allpolnische Jugend* lud einen Haufen Schutt vor der israelischen Botschaft ab und steckte ein Schild hinein mit der Aufschrift »Dies ist Euer Besitz«. Es ist nur schwer vorstellbar, dass eine zukünftige Regierung von dieser Position abrücken wird.

Abbildung 5: Ein Schild mit der Aufschrift »Dies ist Euer Besitz« neben einem Haufen Ziegelsteine.¹⁸



- 17 Nasz sondaż. Polacy jednoznacznie przeciw roszczeniom Izraela dotyczącym tzw. mienia bezspadkowego. Silny mandat dla rządu [Unsere Umfrage: Polen lehnen Israels Anspruch auf so genanntes »erbfreies Eigentum« eindeutig ab. Starkes Mandat für die Regierung]. wPolityce.pl vom 9.7.2020. <https://wpolityce.pl/polityka/558521-sondaz-polacy-jednoznacznie-przeciw-rozsczeniom-izraela>.
- 18 Młodzież Wszechpolska wysypała gruz przed ambasadą Izraela. Gmina Żydowska wzywa polskie władze do reakcji [Die Allpolnische Jugend lud vor der israelischen Botschaft Schutt ab. Die Jüdische Gemeinde fordert Reaktion von polnischen Behörden]. In: Wyborcza.pl vom 1.7.2021. <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/1,54420,27278808.html?i=0>.

Abbildung 6: Ein antisemitisches Schild auf einem Protestmarsch in Warschau im Jahr 2019.



Diese Wahrnehmung der jüdischen Motive ebnete den Weg für weitere Lügen über jüdische Forderungen. Obwohl die *Theresienstädter Erklärung über erbenlose Besitztümer* wie bereits erwähnt lediglich feststellt, dass dieses Vermögen für die Hilfestellung für Überlebende und für die Bildungsarbeit zur Shoah verwendet werden kann (Serbien hat vor zwei Jahren eine Vereinbarung getroffen, 25 Jahre lang eine Million Dollar jährlich für diese Ziele zur Verfügung zu stellen, und war damit das letzte Land in einer langen Liste, die eine solche Vereinbarungen getroffen haben), sind viele Polen der Überzeugung, dass die jüdischen Kläger darauf zielen, durch Geldzahlungen oder durch analoge Sachleistungen für das ganze Vermögen kompensiert zu werden, das Juden zu Kriegsausbruch besaßen und erblos blieb.¹⁹ Solch eine Forderung, die jeder Grundlage entbehrt und zum Staatsbankrott führen würde, wurde allerdings niemals gestellt; was jüdische Organisationen erwarten, ist eine Variante des serbischen Deals. Trotzdem gibt es die Vorstellung, dass die Juden »Polen aus-saugen« wollen, immer noch, beispielsweise auf diesem Schild (Abb. 6), das einen LKW eines Unternehmens (*przesiębiorstwo*) mit Davidstern abbildet, der Ressourcen aus Polen absaugt, ein Gedanke, der durch wiederholte Aussagen

19 Vgl. zum Beispiel Jan Kozerski: *Awantura o roszczenia żydowskie* [Streit um jüdische Forderungen]. *Gazeta Finansowa* vom 9.7.2021. <https://gf24.pl/27835/awantura-o-rasistowskie-rozszczenia-zydowskie/>.

von Regierungspolitikern immer wieder legitimiert wird. Vor diesem Hintergrund werden diese Forderungen vorstellbar, und ihre Plausibilität erhöht sich noch durch den Vorwurf der moralischen Verderbtheit der Juden, die sie dazu bringe, ausgerechnet von denen, die sie unter Lebensgefahr gerettet haben, Kompensation zu verlangen.

Parallel zu diesen Entwicklungen revidierte die Regierung ihre grundsätzliche Haltung zur Kollaboration im Zweiten Weltkrieg. Die einzige Militäreinheit Polens, die kollaboriert hatte, war die Heilig-Kreuz-Brigade, die offiziell durch den Premierminister sowie ein weiteres Mal in einer separaten patriotischen Zeremonie in Warschau geehrt wurde. Fairerweise sei angemerkt, dass sie diese Anerkennung nicht deswegen erfuhr, weil sie mit dem Dritten Reich kollaboriert hatte, sondern ungeachtet dessen – sie hatte gegen die Sowjets gekämpft, die im Jahr 1944 nach Ansicht der Regierung das größere Übel darstellten. Als der Premierminister Morawiecki nach der Verabschiedung des »Holocaust-Gesetzes« auf dem Höhepunkt der Debatte einem israelischen Journalisten versicherte, dass das Gesetz »Aussagen nicht bestrafen wird, wonach es auch polnische Täter [der Shoah] gegeben hat, genauso wie es jüdische, russische und ukrainische, und nicht nur deutsche Täter gegeben hat«, ²⁰ wollte er damit die deutsche Verantwortung nicht schmälern – aber sehr wohl seine Überzeugung unterstreichen, dass die Polen nicht mehr für die Shoah verantwortlich waren als die Juden.

Und auch nicht weniger gelitten haben. Einer Umfrage der Jagiellonen-Universität aus dem Jahr 2021 zufolge glaubt die Hälfte der Polen, dass Polen und Juden im Zweiten Weltkrieg gleich stark gelitten haben, auch wenn nur ein Fünftel sogar der Meinung ist, dass Juden weniger gelitten haben. Es ist unklar, ob dies das gleiche Fünftel ist, das folgender Aussage zustimmt: »Obwohl Krieg eine schreckliche Sache ist, ist es gut, dass es im Ergebnis in Polen weniger Juden gibt als vorher.« ²¹

Dies ist verbunden mit einer allgemein weiter sich verschlechternden Wahrnehmung von Juden durch die Polen. Belief sich um die Jahrhundert-

20 <https://wyborcza.pl/7,75399,23036129,w-monachium-morawiecki-wspomnial-o-zydowskich-sprawcach-polsko-izraelski.html>.

21 »Wojna to straszna rzecz, ale to dobrze, że w jej wyniku w Polsce nie ma tylu Żydów, co kiedyś« In: Adam Leszczyński: Niewiedza Polaków o Zagładzie: Uważają, że cierpieliśmy tak samo, jak Żydzi (nowe badania) [Das Unwissen der Polen über den Holocaust: Sie glauben, wir hätten genauso gelitten, wie die Juden (neue Forschung)]. Oko.press vom 27.1.2021. <https://oko.press/polowa-polakow-usprawiedliwia-wspoludzial-w-zagladzie/>.

wende der Anteil an Polen, die »traditionell antisemitischen« Vorstellungen anhängen, bei 10 Prozent und erwartet wurde, dass er mit der Zeit abnehmen würde,²² meinten im Jahr 2017 in einer Untersuchung des Forscherteams von Professor Michał Bilewicz 20 Prozent der Befragten, dass Juden »nach der Weltherrschaft streben«, 24 Prozent gaben ihnen die Schuld für die Kreuzigung und 27 Prozent glaubten an Ritualmorde.²³ Es erscheint durchaus plausibel, dass gemäß diesem antisemitischen Denken diese widerlichen Menschen auch dazu fähig wären, ihre Retter zu erpressen und zu verunglimpfen; daher die Empörung, die von den Warschauer Demonstranten ausgedrückt wurde. »Die Juden sind die Hyänen des Holocausts« wäre dann in den Augen der Person, die dieses Schild trägt, keine ungeheuerliche Beleidigung – vielmehr die schlichte Feststellung einer Tatsache. Mit freundlicher Genehmigung der Regierungspropaganda.

22 Vgl. zum Beispiel Rozmawiała Agnieszka Kublik: Prof. Krzemiński: Antysemityzm narodowo-katolicki [Prof. Krzemiński: National-katholischer Antisemitismus]. Wymorowa.pl vom 30.9.2013. <https://wymorowa.pl/7,75398,14636613,prof-krzeminski-antysemityzm-narodowo-katolicki.html>.

23 Dominika Bułska und Mikołaj Winiewski: Antisemitism in Poland. Results of Polish Prejudice. Survey 3. Center for Research on Prejudice. Warschau 2018. <https://archiwum.jpr.org.uk/download?id=7156>.